

## Leserbrief

### **Leserbrief zu dem Schwerpunktbeitrag von Wilhelm Mensing in der ZdF 18 „Zwischen Ost und West. Kuriere und Schleuser im Dienst von KPD/SED in der frühen Nachkriegszeit“**

Margret Damaschek geb. Theuerkauf

Ihre Ausführungen über den Stahlmann-Apparat in der Nachkriegszeit habe ich mit Spannung gelesen. Auf Seite 18 unter dem Titel „Kleine Typologie der Stahlmann-Mitarbeiter“ schreiben Sie über den Schleuser Fritz Theuerkauf, daß auch bei ihm gewisse Vergünstigungen eine Rolle gespielt hätten. Diese Beurteilung ist total falsch! Diese schiefe Interpretation bedarf im Namen meines verstorbenen Vaters und auch meinerseits einer Aufklärung. Der Wahrheit muß Genüge getan werden!

Wahr ist, daß die Bürgermeister der betreffenden Grenzgemeinden von der Parteizentrale über die Schleusungen unterrichtet wurden. (Daher sind auch relativ viele Bürgermeister vom Geheimdienst erfaßt.) Mein Vater besaß zu seinem Verhängnis noch ein über den Krieg gerettetes Auto, welches als Dienstfahrzeug zugelassen war. Diese Tatsache hat die Partei ausgenutzt, um besonders wichtige Parteigenossen chauffieren zu lassen. Ausschließlich für diese Fahrten und für seine Dienstfahrten bekam mein Vater – sehr begrenzt – Benzingutscheine. Es ist Ihnen sicher bekannt, daß nach dem Krieg in der sowjetisch besetzten Zone kein Privatfahrzeug gehalten werden durfte. Ausnahmen waren Geschäftsleute oder Dienstfahrzeuge. Wie Sie nun meinen Ausführungen entnehmen können, hat mein Vater keineswegs Vorteile, sondern nur Nachteile durch diese unliebsamen angeblichen Schleuserfahrten gehabt. Das Auto, welches ja noch sein Eigentum war, hat er abgenutzt und außerdem wertvolle Zeit opfern müssen, die er eigentlich für die Bewirtschaftung seines bäuerlichen Betriebes gebraucht hat. – Zu dieser schlimmen Nachkriegszeit hat leider nur die Partei das Sagen gehabt, Gesetze gab es nicht und wären auch nicht befolgt worden. Wenn mein Vater, den man ja zum Mitwisser dieser besonderen „Mission“ durch sein Amt gemacht hat, diese Chauffeurfahrten abgelehnt hätte, wäre er damals schon als „Saboteur“ in Bautzen oder in einem dieser Straflager der Russen gelandet, was er ja dann 1950 mit seiner Flucht in den Westen verhindern konnte.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch erwähnen, daß diese „ehrenwerten Genossen“ in den fünf Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister in der kleinen Grenzgemeinde Obersachswerfen aus meinem Vater keinen Kommunisten machen konnten, denn er war im Denken und Handeln immer ein Christ und Sozialdemokrat. Die Partei, der er zwangsweise beitreten mußte, hat ihn 1949 mit folgender Begründung aus der SED ausgeschlossen: In Ihrer Funktion als Bürgermeister zeigten Sie keine Zusammenarbeit mit der SED-Ortsgruppe. Ihr Verhalten hierzu sowie Ihre Arbeit wirkten sich parteischädigend aus.